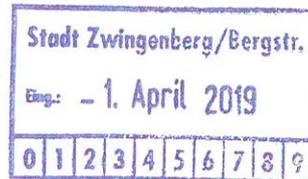


SPD Fraktion Zwingenberg



Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Birgit Heitland
Rathaus
Untergasse 16
64673 Zwingenberg

Zwingenberg, den 01. April 2019

Sehr geehrter Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

im Namen der SPD-Fraktion bitte ich Sie, folgenden Antrag bei der nächsten Stadtverordnetensitzung auf die Tagesordnung zu nehmen:

Der Magistrat wird beauftragt, in Zwingenberg wiederkehrende Straßenbeiträge einzuführen.

Begründung:

Zurzeit werden für anrechnungsfähige Kosten bei Straßensanierungsmaßnahmen in Zwingenberg nur die Eigentümer der Grundstücke, die an die auszubauende Straße angrenzen, finanziell in die Pflicht genommen (einmalige Straßenbeiträge). Dabei fallen in der Regel erhebliche Beträge von mehreren Tausend oder sogar Zehntausend Euro an. Die Erhebung von Straßenbeiträgen ist in §11 des Hessischen Kommunalabgaben-Gesetzes (KAG) geregelt.

Zum 07.06.2018 hat die hessische Landesregierung die Pflicht zur Beitragserhebung durch die Kommunen aufgehoben und durch eine Kann-Bestimmung ersetzt. Seitdem liegt die Entscheidung, ob Straßenbeiträge erhoben werden, formal bei den Kommunen. In der Praxis hängt die Abschaffung der Beiträge in hessischen Kommunen jedoch in hohem Maße von deren Finanzkraft ab, da mit der Gesetzesänderung keine entsprechenden Landesmittel für die Kommunen verbunden wurden. Dagegen hat Bayern im Zuge der Abschaffung der Straßenbeiträge seinen Kommunen 100 Millionen Euro als finanziellen Ausgleich zur Verfügung gestellt.

Alternativ regelt bereits seit 2013 §11a des hessischen KAG, dass anstelle einmaliger Beiträge von den Eigentümern der angrenzenden Grundstücke wiederkehrende Beiträge von allen Grundstückseigentümern in einem von der Gemeinde festzulegenden Abrechnungsgebiet erhoben werden können. Diese Möglichkeit nutzen inzwischen immer mehr hessische Gemeinden, und das unabhängig von den jeweils herrschenden politischen Mehrheiten, erst kürzlich haben beispielsweise die Städte Griesheim, Hungen und Herborn von einmaligen auf wiederkehrende Straßenbeiträge umgestellt.



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

In der Kreisstadt Heppenheim wurde, auch unterstützt von der dort regierenden großen Koalition, im zuständigen Ausschuss gerade ein Antrag von FDP und Freien Wählern beschlossen, die Straßenbeiträge rückwirkend zum 01. Januar 2019 abzuschaffen. Und der Ortsbeirat des Bensheimer Ortsteils Schwanheim hat gerade einstimmig einen Antrag an den Magistrat der Stadt Bensheim zur Abschaffung der Straßenbeiträge verabschiedet.

Allerdings erwartet die SPD Zwingenberg nach dem bisherigen Verlauf der Diskussion zum Thema Straßenbeiträge nicht, dass ein Antrag auf ersatzlose Abschaffung der Straßenbeiträge in der Zwingenberger Stadtverordnetenversammlung mehrheitsfähig sein würde. Deshalb beantragen wir wenigstens die Umstellung auf wiederkehrende Straßenbeiträge und bitten um Zustimmung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Regina Nethe-Jaenchen
(Fraktionsvorsitzende)